



Antrag

der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Für einen starken und ausgewogenen EU-Haushalt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf:

- sich weiterhin auf europäischer Ebene – beim Parlament und beim Rat – dafür einzusetzen, dass die Europäische Union den gewachsenen Aufgaben und den Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise entsprechend mindestens im Sinne des Kommissionsvorschlags vom 30. Juni 2011 ausreichend finanziell ausgestattet wird;
- sich dafür einzusetzen, dass insbesondere die gegenüber dem Kommissionsvorschlag geplanten Einschnitte bei den Programmen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Wachstum, Bildung sowie bei der für den Infrastrukturausbau vorgesehenen Fazilität „Connecting Europe“ für den Bereich der Energienetze zurückgenommen werden;
- sich dafür einzusetzen, dass bei der Agrarförderung die zweite Säule gegenüber den Finanzmitteln der Ersten Säule gestärkt wird;
- sich im Interesse Schleswig-Holsteins dafür einzusetzen, dass bei der innerdeutschen Verteilung der Mittel der prozentuale Anteil Schleswig-Holsteins nicht abgesenkt wird;
- im europäischen Gesetzgebungsprozess darauf hinzuwirken, dass die zusätzlichen Phasing Out Mittel für Deutschland aus dem Regionalfond (ca. 8,1 Mrd Euro) in den Übergangsregionen (Neue Länder und ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg) nicht für eine einzelbetriebliche Unternehmensförderung, die eine Unternehmensabwerbung begünstigt, verwendet werden kann;
- ebenfalls im europäischen Gesetzgebungsprozess darauf hinzuwirken, dass die Bereiche Tourismus und Kultur auch in der neuen Förderperiode förderfähig bleiben;

- sich weiterhin im Bundesrat und in direkten Gesprächen dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung ihre Haltung zu den Beschlüssen des EU-Finanzgipfels von Anfang Februar überdenkt und bei den anstehenden Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und Europäischem Rat für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der EU eintritt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag appelliert an das Europäische Parlament und insbesondere die EU-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, dem Vorschlag der Staats- und Regierungschefs von Anfang Februar nicht zuzustimmen und sich für eine Anhebung der Obergrenze einzusetzen.

Begründung:

Aufgrund der von den EU Staats- und Regierungschefs beim Finanzgipfel Anfang Februar beschlossenen Haushaltskürzungen drohen Schleswig-Holstein deutliche Mittelrückgänge in der kommenden Förderperiode. Schleswig-Holstein hat in der laufenden Förderperiode 2007-2013 rund 850 Millionen Euro aus dem Regionalfonds EFRE, dem Sozialfonds ESF, dem Fonds für ländliche Räume ELER und dem Fischereifonds erhalten. Würden die Beschlüsse des Finanzgipfels umgesetzt, entstehen dem Land und den Kommunen damit erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung notwendiger Projekte und Förderprogramme, die für eine Transformation zu ressourceneffizienten und sozial gerechten Wirtschaftsstrukturen, für Bildung und Armutsbekämpfung, für den Klimaschutz und die Energiewende, zur Entwicklung des ländlichen Raumes, zur Förderung einer umweltgerechten Landwirtschaft, zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und Natura 2000 sowie für den Küstenschutz benötigt werden.

Am 7./8. Februar 2013 haben sich die Staats- und Regierungschefs auf die Grundzüge für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union 2014 bis 2020 verständigt. Der Europäische Rat sieht ein maximales Volumen für Verpflichtungsermächtigungen von 960 Milliarden Euro vor. Damit ist zum ersten Mal in der Geschichte der EU eine reale Kürzung des Finanzrahmens beschlossen worden, obwohl die Aufgaben der EU durch den Lissaboner Vertrag ab 2010 erheblich ausgeweitet wurden. Es bestehen Bedenken, ob die EU mit einem solchen EU-Haushalt in dem notwendigen Ausmaß zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise beitragen könnte.

Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014 bis 2020 kann nur in Kraft treten, wenn das Europäische Parlament zustimmt. Die Fraktionsvorsitzenden von Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen sind sich mit Parlamentspräsident Martin Schulz darin einig, dass sie dem Ergebnis des Europäischen Rates nicht unverändert zustimmen werden. Die Europäischen Strukturfonds leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung wirtschaftlicher, sozialer, territorialer und ökologischer Ungleichgewichte in der EU und zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und Beschäftigung.

Wolfgang Baasch
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW